



Konsequent gegen Hass-Kommentare im Netz

Katharina König fordert mehr Mut zur Anzeige von menschenverachtenden Postings

Die Polizei ist erstmals mit einer bundesweiten Razzia gegen die Verbreitung von Hasskommentaren im Internet vorgegangen. In 14 Bundesländern, darunter in Thüringen, wurden am 13. Juli Wohnungen durchsucht. Wie das Bundeskriminalamt (BKA) mitgeteilt hatte, richteten sich die Ermittlungen gegen rund 60 Beschuldigte. Ziel sei, dem zunehmenden „Verbalradikalismus“ und den damit verbundenen Straftaten im Netz entschlossen entgegenzutreten.

Die Thüringer Verdachtsfälle sind mehreren Ermittlungsverfahren zuzuordnen. Sechs Beschuldigte in Saalfeld, Kleingeschwenda, Schmölln und Zeulenroda stehen im Visier der Staatsanwaltschaft Kempten. Die Allgäuer ermitteln seit Monaten gegen Mitglieder der geheimen Facebook-Gruppe mit dem Namen „Groß Deutschland“. Ihr sollen auch, heißt es aus Ermittlerkreisen, bekannte Neonazis aus der gesamten Bundesrepublik angehören. Im Wesentlichen hat sich die Kommunikation dort um die Verherrlichung des Nationalsozialismus sowie den Austausch von fremdenfeindlichen, antisemitischen oder sonstigen als rechtsextremistisch zu beurteilenden Inhalten und Kommentierungen gedreht, heißt es vom Bundeskriminalamt (BKA).

Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus und Netzpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag er-

klärte: „Angesichts der Fülle von rassistischen, homophoben und antisemitischen Hasskommentaren im Internet war die Razzia nicht nur notwendig zur Strafverfolgung der Delikte, sondern auch ein wichtiges Signal, um deutlich zu machen, dass menschenverachtende Parolen im Internet nicht widerspruchslos hingenommen werden dürfen.“

„Da häufig den Worten auch Taten

zuständigen Polizeibehörde mitzuteilen. Eine Anzeige kann inzwischen auch ganz einfach per Email erfolgen. Nur wenn Sicherheitsbehörden konsequent durchgreifen und die User im Internet von sich aus aktiv werden, kann der zunehmenden Radikalisierung auch sinnvoll entgegengewirkt werden“, sagte Katharina König.

Die Landtagsabgeordnete verwies auf eine Kleine Anfrage an die Landesregierung, in der das Innenministerium alle Email-Kontaktadressen der Thüringer Polizeibehörden gelistet hat. Diese ist auf der Homepage der Abgeordneten und unter diesem Kurzlink abrufbar: bit.ly/polizeimails.



folgen, ist es umso wichtiger, dass die Täterinnen und Täter auch spüren, dass ihr Handeln eben nicht wie so oft folgenlos bleibt. Damit die Polizei auch künftig Hasskommentare und Gewaltaufrufe in sozialen Netzwerken besser verfolgen kann, ist sie auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Jeder, der solche rassistischen, homophoben und antisemitischen Kommentare auf Facebook, Twitter & Co. wahrnimmt, ist gehalten, diese auch der

Katharina König kündigte in diesem Zusammenhang außerdem an, sie werde bei der Thüringer Landesregierung anregen, dass geprüft wird, ob die Einrichtung einer Internetwache oder eines anonymen Hinweisystems nach dem Vorbild von Baden-Württemberg eine geeignete Ergänzung zur Erfassung und Verfolgung derartiger Hasskommentare darstellen kann.

AKTUELL

Neue Sicherheitsdebatte nach Amoklauf in München

Der Amoklauf von München erschüttert die Menschen auch in Thüringen. Politiker aller Parteien bekundeten ihre Anteilnahme. Vor dem Landtag wehen die Flaggen auf Halbmast.

„Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer. In Gedanken sind wir bei den trauernden Familien, ihren Freunden und Bekannten“, erklärte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Landespartei-Vorsitzende. Dank gelte all jenen, die während der Schießerei und danach starken Einsatz gezeigt hätten – dazu gehörten unter anderem Menschen, die ihre Türen für Flüchtende geöffnet haben, Seelsorger vor Ort, Polizei- und andere Sicherheitskräfte, die dafür gesorgt haben, die Lage zu beruhigen.

Der Amoklauf hat eine neue Sicherheitsdebatte ausgelöst. So hat Bundesinnenminister de Maiziére angekündigt, dass das geltende Waffenrecht wenn nötig verschärft werde. Sein bayerischer Kollege Joachim Herrmann forderte im Anti-Terrorkampf, auch die Bundeswehr einzusetzen. Der Einsatz der Armee im Inneren braucht eine ungewöhnliche Ausnahmesituation von „katastrophischem Ausmaß“. Die Union würde diese von den Karlsruher Verfassungsrichtern eingezogene Schwelle gern absenken.

Frank Tempel, Leiter des Arbeitskreises Demokratie, Recht und Gesellschaftsentwicklung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, sagte, dass ein Bundeswehreininsatz in solchen Situationen völlig fehl am Platze sei. Und wörtlich weiter: „Leider zeigt sich aber

auch, dass der Terror und solch ein Amoklauf ausgenutzt werden, um weitere Ängste zu schüren. Mittels wilder Spekulationen in den Sozialen Medien noch während des Polizeieinsatzes sollte in der Gesellschaft Hysterie angefacht werden, um aus falschen Schuldzuweisungen politisches Kapital zu schlagen. Dies behinderte den Polizeieinsatz massiv. Überall wollte man Terroristen und Schüsse bemerkt haben. Polizeikräfte mussten umgruppiert werden, Evakuierungen wurden an den falschen Stellen erwogen und auf panische Reaktionen in der Bevölkerung musste mit Absperurmaßnahmen und Kräfteeinsatz reagiert werden. Fremdenhass wurde und wird geschürt, schützt unsere Bürgerinnen und Bürger aber nicht, sondern spaltet unsere Gesellschaft.“

KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

Gute Perspektiven

Als Suhler Landtagsabgeordnete freue ich mich mit Blick auf die Arbeitsmarktdaten, dass es im Arbeitsamtsbezirk Südthüringen die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Ostdeutschland gibt und die Bedingungen für die Arbeitsaufnahme mittlerweile besser sind als in manchen westlichen Regionen. Erst kürzlich wieder war ich in der Arbeitsagentur Suhl und informierte mich beim Arbeitgeberservice über die Situation und den Stand der Vermittlung von dringend benötigten Fachkräften.

Ich hörte aufmerksam zu, als Wolfgang Gold, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Suhl, berichtete, dass der Thüringer Arbeitsmarkt zwar seit drei bis vier Jahren die günstigste Quote im Osten aufweist, aber es schwierig sei, die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zu knacken. Ich fand meine Auffassung bestätigt, dass vor allem für Menschen im Alter von 55 Jahren aufwärts die Arbeitsvermittlung in Unternehmen problematisch ist. Wir waren uns einig, dass daher öffentlich geförderte Beschäftigung, wie bei der Bürgerarbeit oder den laufenden Thüringer Landesprogrammen, richtig und notwendig ist.

Für die aktuell 500 freien Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt müssen hingegen passgenau geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefunden werden. Dies ist bei momentan 1.200 arbeitssuchenden Menschen in Südthüringen nicht ganz einfach. Deshalb wurden im Arbeitsamtsbezirk bereits drei Betriebsakquisiteure eingestellt, um wirtschaftsnah und bedarfsgerecht vermitteln zu können.

Wie ich mich überzeugen konnte, funktioniert die Zusammenarbeit vor allem mit den klein- und mittelständischen Unternehmen der Region gut. Weiteren Handlungsbedarf gibt es insbesondere in Bezug auf Fachkräfte im gewerblich-technischen Bereich, aber auch auf den Gebieten der Gesundheit und Pflege sowie im sozialpädagogischen Bereich.

Eine neue Form der Zusammenarbeit ist das Angebot einer Qualifizierungsberatung für Unternehmen, dessen Ziel darin besteht, Personalentwicklung langfristig zu denken und zu planen. Das ist eine wichtige Unterstützung vor allem für die vielen kleinen Unternehmen hinsichtlich der zukünftigen Fachkräftesicherung oder Unternehmensnachfolge.